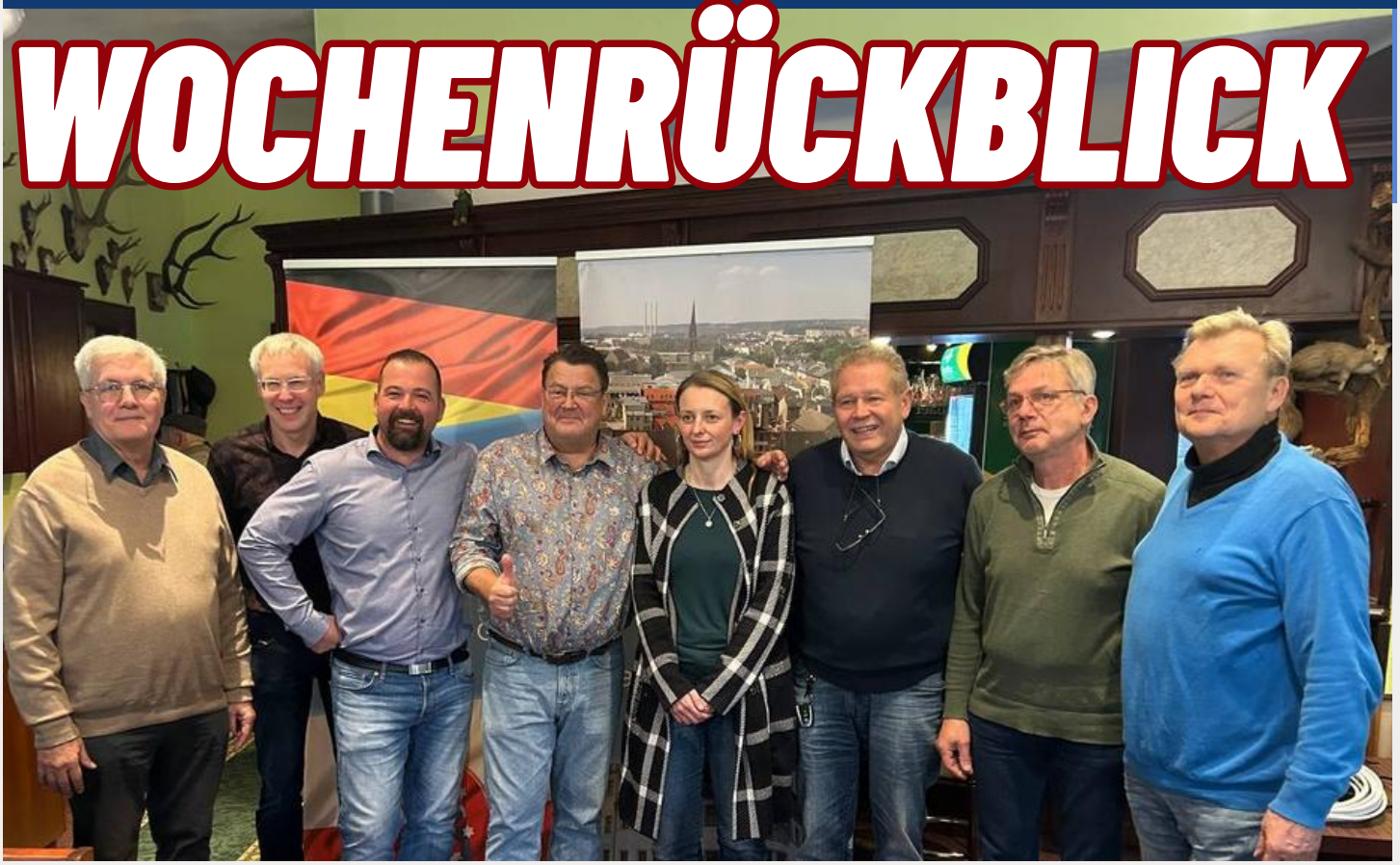
# WOCHENRÜCKBLICK





# Aktuelle Videos















# Bürgerdialog in Schweigen-Rechtenbach


















# Verhandlung am Bundesverfassungsgericht









# Bürgerdialog mit Björn Höcke in Gera



















# Wahl des Stadtvorstands in Gera







# Am Rande des Plenums



# Zu Gast bei der Jungen Freiheit








# Rückblick auf die Plenarwoche Mittwoch, 4. November 2026

Für Bundesaußenminister Dr. Johann David Wadephul (CDU) zeigen die aktuellen Krisen und Konflikte von der Ukraine bis zur Straße von Hormus, wie sehr der internationale Handel, der „Motor unseres Wohlstands", auf die Unversehrtheit weniger Knotenpunkte angewiesen ist. In der Befragung der Bundesregierung am Mittwoch, 4. November 2026, sagte der Minister, in Deutschland träfen hohe Energiepreise die Industrie und den Alltag der Menschen. Gleichzeitig kämen in anderen Teilen der Welt die Energiekrise, die Düngemittel- und Getreideknappheit sowie die Auswirkungen des Klimawandels zusammen.

Neben dem Außenminister stellte sich auch die Ministerin für besondere Aufgaben und Chefin des Bundeskanzleramtes, Nina Warken (CDU), den Fragen der Abgeordneten. Die Bundesregierung wolle Antworten auf die „vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit" geben. Mit dem Bundeshaushalt werde der Rahmen für die innere und äußere Sicherheit gesetzt, für Innovationen, für Investitionen in den Wirtschaftsstandort und für die „Sicherung unseres Sozialversprechens".

Im Bereich Gesundheit und Pflege seien als erster Schritt Reformen verabschiedet worden, die Beiträge könnten damit stabil gehalten werden. Bei der Rente habe man die Frühstartrente bereits beschlossen. Jetzt gehe es darum, die Empfehlungen der Alterssicherungskommission umzusetzen, um die Rentenversicherung langfristig generationengerecht abzusichern. Darüber hinaus werde die Regierung den Bürokratieabbau voranbringen. Durch eine digitale Verwaltung und die digitale Brieftasche „EUDI-Wallet" werde das Leben im Alltag spürbar einfacher werden, prognostizierte die Ministerin. Auch die Unternehmen müssten noch deutlicher von Bürokratie sowie Berichts- und Dokumentationspflichten entlastet werden. An Bürokratie solle nur noch dort festgehalten werden, „wo sie zwingend notwendig ist". Die Bundesregierung setze zudem alles daran, die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

An den Außenminister gerichtet, fragte der AfD-Abgeordnete Markus Frohnmaier angesichts der zugesagten „Winterhilfe" in Höhe von 200 Millionen Euro für die Ukraine, wann die Winterhilfen für deutsche Bürger kämen. „Sie verzetteln sich außenpolitisch erheblich", entgegnete Wadephul. Die Regierung sei gemeinsam mit den europäischen Partnern fest entschlossen, an der Seite der Überfallenen und des Rechts zu stehen und sich gegen Russland zu wenden, das einen Aggressionskrieg führe. Die Politik der AfD sei auf Spaltung angelegt. „Wir kümmern uns um die Sorgen der Menschen, wir haben das höchste Grundsicherungsniveau in Europa", sagte Wadephul.

Migrationspolitische Konsequenzen aus den Ausschreitungen bei den jüngsten Demonstrationen nahm Dr. Michael Blos (AfD) in den Blick. Die Demonstrationen seien von Chaoten und Gewaltbereiten aus verschiedenen Milieus gekapert worden, antwortete Warken. Zwischen den Aussagen von Verteidigungsminister Pistorius und Innenminister Dobrindt sehe sie keinen Widerspruch.

Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte die Fragestunde. Getrennt nach Ressorts beantworteten Vertreter der Bundesregierung 45 Minuten lang Fragen, die von den Abgeordneten vorab schriftlich eingereicht worden waren. 27 der insgesamt 61 Fragen wurden von Abgeordneten der AfD-Fraktion gestellt. Beispielsweise erkundigte sich der rheinland-pfälzische Abgeordnete Bernd Schattner (AfD) beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ob die Bundesregierung die zwölf größten Nehmerländer der deutschen Entwicklungshilfe nennen könne.

Der Bundestag hat am Mittwoch über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von der Europäischen Union geführten Operation „Eunavfor Med Irini" beraten. Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag auf, die Bundeswehr unverzüglich von der EU-Operation „Eunavfor Med Irini" abzuziehen und das Mandat nicht über den 30. November 2026 hinaus zu verlängern. Trotz erheblicher deutscher Beiträge habe die Operation ihre zentrale Aufgabe, die wirksame Durchsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegenüber Libyen, nicht erfüllt, schreiben die Abgeordneten in ihrem Antrag.

Angesichts der Priorisierung der deutschen Verteidigungsanstrengungen auf die Stärkung der Bundeswehr sei es nicht länger vertretbar, personelle und materielle Ressourcen in Einsätzen zu binden, „die keinen erkennbaren strategischen Nutzen für die Sicherheit Deutschlands bringen".

Der Bundestag hat zwei Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung beraten. Während der erste Antrag zur „wirksamen und nachhaltigen" Gestaltung der Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung in den federführenden Innenausschuss überwiesen wurde, wurde der zweite Antrag mit dem Titel „Westbalkan-Kontingent für jährlich 50.000 Arbeitskräfte erhalten" mehrheitlich abgelehnt. Gegen die Initiative stimmten die Fraktionen von CDU/CSU, AfD und SPD. Die Linke enthielt sich bei der Abstimmung.

Die Fraktion fordert die Bundesregierung in ihrem ersten Antrag auf, Anerkennungsverfahren für ausländische Berufs- und Bildungsabschlüsse zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie kleine und mittlere Unternehmen gezielt bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte zu unterstützen. In ihrem abgelehnten Antrag forderten die Grünen, „das derzeit gültige Kontingent von 50.000 Zustimmungen jährlich beizubehalten, um auch künftig einen fairen und bedarfsgerechten Zugang für Arbeitskräfte aus den Westbalkanstaaten zum deutschen Arbeitsmarkt zu gewährleisten".

Die sogenannte Westbalkan-Regelung eröffnet Menschen vom Westbalkan einen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für jede Beschäftigung mit Ausnahme reglementierter Berufe wie beispielsweise des Arztberufs.

# Rückblick auf die Plenarwoche Donnerstag, 5. November 2026

In einer teilweise emotionalen Aussprache haben Gesundheitspolitiker über die von der Bundesregierung geplante Pflegereform beraten. Redner der Opposition kritisierten dabei am Donnerstag die aus ihrer Sicht unzureichenden Neuregelungen im Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG), die vor allem zulasten der Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen gingen. Bundesgesundheitsminister Dr. Carsten Linnemann (CDU) sowie Redner der Koalitionsfraktionen von Union und SPD verteidigten die geplante Reorganisation im Grundsatz, stellten aber Änderungen im parlamentarischen Verfahren in Aussicht, um insbesondere pflegende Angehörige zu entlasten. Zugleich machten Koalitionsvertreter deutlich, dass die Soziale Pflegeversicherung (SPV) in finanziellen Schwierigkeiten steckt und das Defizit ausgeglichen werden muss, um weitere Beitragssteigerungen zu verhindern.
Von der Opposition kamen teils sehr kritische Anmerkungen, teils aber auch konkrete Vorschläge. Nicole Hess (AfD) kritisierte, dass in der Gesundheitspolitik in den zurückliegenden Jahren öfter Regelungen erst eingeführt und wenig später wieder abgeschafft worden seien. Es sei aber die Aufgabe der Politik, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Während die Pflegeversicherung „in höchster finanzieller Not“ stecke, seien unzählige Familien am Anschlag und Pflegekräfte frustriert. „Was Sie hier als Entlastung verkaufen, bedeutet für viele Betroffene höhere Hürden, weniger Hilfen und zusätzliche Belastung.“ Das Ziel des Gesetzentwurfs sei Beitragsstabilität, zugleich würden Versicherte jedoch durch höhere Zuschläge belastet. „Der allgemeine Beitragssatz soll stabil bleiben, aber die Rechnung für viele Versicherte, die steigt interessanterweise trotzdem.“ Auch Hess machte sich für die Verhinderungspflege stark. Angehörige bräuchten regelmäßig eine Auszeit. Es müsse daher eine verlässlich finanzierte Ersatzpflege organisiert werden.
Mit Vorlagen der AfD-Fraktion zur Kriminalität von Kindern und Jugendlichen sowie zu deren Schutz hat sich der Bundestag in einer einstündigen Debatte am Donnerstag beschäftigt. Dem Plenum lagen ein Gesetzentwurf der AfD zur besseren Bekämpfung der Kriminalität von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden sowie ein Antrag der AfD mit dem Titel „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor religiösem Zwang, Mobbing und gruppendynamischem Druck stärken – Auch Konversionsdruck wirksam begegnen“ vor. Beide Vorlagen wurden mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.
Tobias Matthias Peterka (AfD) sagte zur Begründung des Gesetzentwurfs, seit 2015 sei die Gewaltkriminalität von Kindern durch die Decke gegangen. Die neueste Erklärung sei, analog zum Bildungsversagen, inmitten dieser Völkerwanderung alles auf TikTok, Social Media und das Smartphone zu schieben. Es gehe jedoch nicht um kleine Videos, sondern die Täter prügelten und vergewaltigten, weil sie keine Hemmungen mitbekommen hätten, die Opfer und den Opferstaat Deutschland verachteten und nachweislich kaum Konsequenzen zu befürchten hätten. Eins müsse klar sein: Ein Staat, der gegenseitigen Respekt, Rücksicht, Anstand und Gewaltlosigkeit voraussetzt, „trifft bei uns auf Zuwanderermilieus, die dies als Schwäche ansehen“. Dem müsse robust begegnet werden. Integration und Zusammenhalt gelängen nur „mit klaren und mutigen Ansagen von Kindesbeinen an“.
Der Bundestag hat ohne Aussprache zwei Wahlvorschläge der AfD-Fraktion mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt. Zum einen ging es um die Wahl eines Mitglieds des Deutschen Ethikrats, zum anderen um die Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Als Mitglied des Deutschen Ethikrats hatte die AfD-Fraktion Silke Schröder, als Kuratoriumsmitglied des Deutschen Instituts für Menschenrechte Dr. Michael Meyen vorgeschlagen. Beide wurden nicht gewählt.
Union und SPD bewerten den ersten „Invest in Germany“-Gipfel als großen Erfolg und sehen ihn als ein Aufbruchsignal für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Ergebnisse der Investorenkonferenz von Mitte Oktober waren am Donnerstag Thema einer von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel „Investitionsgipfel als Aufbruchsignal – Neue Chancen für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze in Deutschland“.
Von der Opposition kam teilweise scharfe Kritik an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. „Ein Wirtschaftsgipfel macht noch kein Wirtschaftswunder“, sagte Uwe Schulz (AfD). Die Bundesregierung stelle den Gipfel aber „als eine Erfolgsstory“ dar. Das „große Geld“ lasse sich nicht mit „Hochglanzveranstaltungen und Politphrasen“ anlocken. Was Unternehmen bräuchten, seien „wettbewerbsfähige Energiepreise, schnelle Genehmigungen, funktionierende Verkehrswege, digitale Verwaltung und Planungssicherheit“, so Schulz.
Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Diesel-Abkommen für Deutschland – Energiesicherheit nach US-Vorbild in Kooperation mit Russland gewährleisten“ debattiert. Die AfD-Fraktion fordert die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen russische Energielieferungen sowie Öl- und Rohölprodukte. In ihrem Antrag fordert sie die Bundesregierung auf, nach dem „Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika mit Russland ein Übereinkommen über die Lieferung von Diesel für Deutschland zu erzielen“. Ziel sei es, die hohen Treibstoffpreise und die Inflation zu senken.
Der Bundestag hat nach einer 30-minütigen Debatte den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Fahrlehrergesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Gesetze in der vom Verkehrsausschuss geänderten Fassung beschlossen. Damit soll die Fahrschulausbildung entbürokratisiert, modernisiert und zukunftsfähig gestaltet werden.
Die AfD-Fraktion forderte von der Bundesregierung Maßnahmen, um die Kosten für den Erwerb des Führerscheins deutlich zu senken. Im europäischen Vergleich liege Deutschland bei den Führerscheinkosten an der Spitze, heißt es in einem Antrag der Fraktion. Die AfD-Fraktion plädiert dafür, nach dem französischen Vorbild „Permis à 1 Euro par jour“ ein KfW-Programm aufzusetzen, das es Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 25 Jahren erleichtert, einen Führerschein der Klassen AM, A1, A2 und B zu erlangen. Ihnen müsse ermöglicht werden, einen zinsfreien Kleinkredit mit einem Volumen von bis zu 4.500 Euro aufzunehmen, bei dem Zinsen sowie Risiko-, Bearbeitungs- und Abwicklungskosten aus Bundesmitteln getragen werden und der mit einem Euro pro Tag getilgt werden kann. Für den AfD-Antrag votierten lediglich die Antragsteller, während alle übrigen Fraktionen ihn ablehnten.

# Rückblick auf die Plenarwoche Freitag 6. November 2026

Das Parlament hat am Freitag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor sogenannten K.-o.-Tropfen" in einer vom Rechtsausschuss geänderten Fassung beschlossen.

Für die AfD-Fraktion stellte Stephan Brandner einen Zusammenhang zwischen der Zuwanderung nach Deutschland und der „explosionsartigen" Zunahme von Raub- und Sexualdelikten fest, „die im Umfeld der K.-o.-Tropfen dann eine Rolle spielen". Brandner kritisierte, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung, anders als ein ebenfalls vorliegender Gesetzentwurf des Bundesrates, nicht zur Verbesserung des Opferschutzes beitrage.

In seiner Rede im Bundestag sagte er: „Das ist ja ein relativ neues Kriminalitätsfeld. Ich habe Ende 2025 eine Kleine Anfrage dazu gestellt. Und siehe da: Wir haben explosionsartige Zunahmen dieser Kriminalfälle seit dem Jahr 2016. Kriminalitätszuwanderung nach Deutschland: Gerade die Delikte, die im Umfeld der K.-o.-Tropfen eine Rolle spielen, wie Raub- und Sexualdelikte, haben explosionsartig zugenommen. Es ist, wie bereits erwähnt, ein Versagen Ihrer Politik. Man kann auch sagen: Sie alle von den Altparteien sind in einer Vielzahl von diesen Fällen zumindest politisch mitverantwortlich für die widerlichen Taten, die da begangen worden sind. Jetzt kommt der Gesetzentwurf der Bundesregierung ins Spiel, der schon vor der ersten Lesung für ziemlich viel Kritik gesorgt hat. Wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass die Verabreichung bewusstseinsverändernder Substanzen, also der K.-o.-Tropfen, zur Begehung von Sexual- und Raubdelikten zweifellos schweres Unrecht darstellt. Entscheidend ist aber nicht, ob dieses Unrecht politisch scharf verurteilt wird; das tun wir natürlich alle. Entscheidend ist, ob die vorgeschlagenen Strafverschärfungen, über die wir heute hier debattieren, zur Verbesserung des Opferschutzes geeignet sind. Und da sind wir uns in der AfD einig, dass der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung das nicht tut. Es geht im Opferschutz ja um die Erfassung der Straftaten, um die Nachweise der Straftaten und nichts anderes. Es ist wichtig, die Polizei und diejenigen zu schulen, die Erstkontakt mit den Opfern haben, beispielsweise in Bezug auf die Nachweisbarkeit. Das tun Sie hier nicht. Wir werden uns deshalb enthalten."

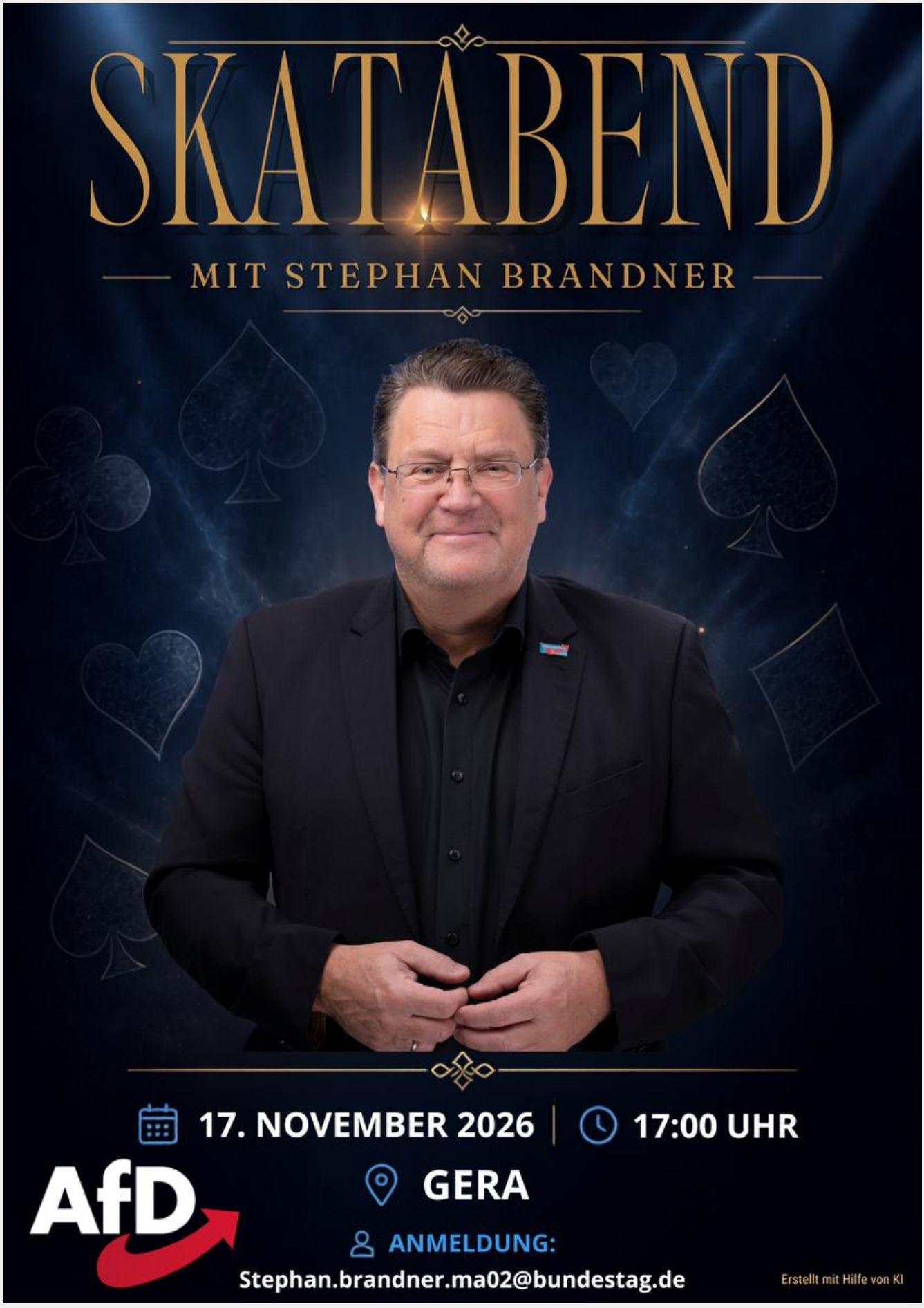
Der Bundestag hat erstmals über einen Antrag der AfD-Fraktion zur „Verringerung des EU-Haushalts zur Entlastung der deutschen Steuerzahler – Stellungnahme des Bundestags gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes" debattiert. Die Vorschläge zum EU-Finanzrahmen bis 2034 „sehen eine gewaltige Ausweitung des Brüsseler Haushalts vor", sagte Peter Boehringer (AfD) zu Beginn der Debatte. Stand heute strebe die Bundesregierung jedoch keinerlei Kürzungen an. Der deutsche Haushaltsentwurf für 2027 zeige, dass schon die Finanzierung staatlicher Kernaufgaben für Bund, Länder und Gemeinden „beinahe unlösbar" sei. Ein volles Drittel des deutschen Haushalts werde nur noch über Verschuldung finanziert, so Boehringer. „Eine Ausweitung des EU-Haushalts zulasten der deutschen Steuerzahler wäre darum verantwortungslos", befand der AfD-Abgeordnete.

Die AfD-Fraktion lehnt einen Anstieg des EU-Haushalts in den kommenden Jahren ab. In einem Antrag fordert sie die Bundesregierung auf, sich in den aktuellen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von 2028 bis 2034 für eine deutliche Reduzierung des Gesamtvolumens gegenüber dem Vorschlag der Europäischen Kommission einzusetzen. Die Ausgaben dürften nicht über die Obergrenze des bisherigen MFR-Beschlusses der Mitgliedstaaten aus dem Jahr 2021 hinauswachsen, betonen die Abgeordneten. Neue politische Prioritäten sollten ausschließlich durch Umschichtungen innerhalb des bestehenden Finanzrahmens finanziert werden. Außerdem sollten ihrer Ansicht nach künftig keine Mittel in Ausgabenkategorien wie $CO_2$-Projekte, europäische Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit oder die Förderung von Nichtregierungsorganisationen fließen. Diese fielen in die nationale Zuständigkeit und könnten national oder gegebenenfalls auch mit Nicht-EU-Partnern besser bewirtschaftet oder erfüllt werden.

Bei einer auf Verlangen der Fraktion Die Linke einberufenen Aktuellen Stunde mit dem Titel „Die Forderungen der Protestbewegung Generation Z ernst nehmen – Keine Kriminalisierung der Jugendlichen, mögliche Polizeiübergriffe aufklären" herrschte unter den Fraktionen Einigkeit darüber, dass Protestaktionen junger Menschen, der Generation Z, legitim und in einer Demokratie möglich sein müssen. Unterschiedliche Auffassungen gab es darüber, wer in welcher Form am Rande der Demonstrationen für Gewalt gesorgt hat und inwiefern die Politik die Zukunftssorgen der Jugendlichen aufgreift.

Sebastian Maack (AfD) nannte es „absurd und dreist", wenn sich die Linken-Abgeordnete Schubert, „im neunten Studiensemester ohne Abschluss mit einem monatlichen Geldeingang von 17.500 Euro", hinstelle und behaupte, für eine ganze Generation von Schülern zu reden. Zu dem bei den Jugendprotesten thematisierten Wohnraumproblem verwies Maack auf die Berlin-Wahl, bei der Die Linke das Wohnungsproblem aufgegriffen und damit gute Erfolge erzielt habe. Als Reaktion darauf hätten die großen Bauträger angekündigt, in der Stadt keine Projekte mehr zu realisieren. „Es wird also in Berlin nach diesem fulminanten Wahlsieg der Linkspartei nicht mehr Wohnraum geben, sondern weniger", sagte der AfD-Abgeordnete. Gleichzeitig wolle die Linkspartei mehr Flüchtlinge nach Berlin holen, so Maack weiter. Diese hätten aber im Gegensatz zu den Jugendlichen „einen Rechtsanspruch auf Wohnraum". Diejenigen, die somit keinen Wohnraum mehr fänden, seien diejenigen, die Die Linke in diese Position gewählt hätten. „Das ist ein Zeichen dafür, wie ernst sie sie nehmen", sagte er an die Linksfraktion gewandt.

# Skatabend Gera



# Bürgerdialog im Landkreis Greiz



# Nur noch wenige Plätze frei:




Anmeldung und Informationen ausschließlich über Heiko Gluth: stephan.brandner.ma02@bundestag.de

# Wir sind für Sie da!

Ihre Stimme. Unser Einsatz.

**Ihre Ansprechpartner vor Ort – kompetent, erreichbar, für Sie im Einsatz.**

## Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera

Tel.: 03 65 – 20 42 41 30

Fax: 03 65 – 22 69 12 50

kontakt@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo.–Do. 10–17 Uhr
und jeden 2. Samstag 10–13 Uhr






## Wahlkreisbüro Meuselwitz

Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz

meuselwitz@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Di. 10–17 Uhr




## Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz

Tel.: 03 44 93 – 25 95 13

goessnitz@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr. 10–17 Uhr




## Wahlkreisbüro Weida

Platz der Freiheit 9,
07570 Weida

weida@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. 10–17 Uhr
und jeden 1. Samstag im Monat: 8–11 Uhr




## Besuchen Sie mich auch im Netz

www.facebook.com/stBrandner

t.me/StephanBrandnerMdB

www.instagram.com/stephanbrandner

www.tiktok.com/@brandner_afd

www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd

https://twitter.com/BrandnerSt